

Präambel

Wir sind eine Kommunale Wählergemeinschaft, die am 27. September 2013 gegründet wurde. Im Mai 2014 haben wir an der Kommunalwahl teilgenommen. Leider ist es uns damals nicht gelungen, in die Bielefelder Parlamentarischen Gremien gewählt zu werden.

Das Gebot der **Bürgerbewegung für Zivilcourage (BBZ)** ist Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Transparenz, Gerechtigkeit und gerechte Umverteilung. Für diese Rechte wollen wir für die Bürgerinnen und Bürger in Bielefeld eintreten.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Wir sind nicht ideologisch orientiert und lehnen jegliche Parteikalkulationen und Ideologien ab. Diese sind künstliche Konstruktionen, um die Menschen permanent gegeneinander aufzuhetzen und zu spalten.

Unser oberstes Ziel ist, die Menschen zu vereinen, sie zusammenzufügen und in friedlicher Koexistenz zu leben. Dazu gehört, dass ausnahmslos alle Menschen in unserer Stadt weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Recht, Chancengleichheit und Gerechtigkeit ist unser Leitsatz. Nur so können wir eine gerechte und friedliche Zukunft erreichen.

Die Zivilcourage kommt leider sehr oft in der Gesellschaft und in der Politik zu kurz. Da hat Otto Von Bismarck völlig Recht gehabt, als er sich 1864 mit der Äußerung **„Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut. Aber Sie werden nicht selten finden, dass es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt“** bei einem Vertrauten beklagte.

Die Politik vertritt leider nicht das Interesse der Bürger

Die Wählergemeinschaft Bürgerbewegung für Zivilcourage fordert direkte Demokratie. Damit die Bevölkerung auf zukünftigen Entwicklungen Einfluss haben.

Zivilcourage

„Mut verloren, alles verloren, der wäre besser nicht geboren“ Goethe

Zivilcourage erfordert sicherlich Mut und Tapferkeit. Und so wollen auch wir als Wählergemeinschaft unsere Zivilcourage unter Beweis stellen, damit die Menschen uns vertrauen können und uns am 13. September 2020 in den Bielefelder Rat wählen.

Die Gründung einer Wählergemeinschaft ist im Grunde das Resultat davon, dass es in Bielefeld keine ernsthafte Alternative zu den vermeintlich etablierten Parteien gibt. Das kann keine gesunde Zukunft ergeben. Wenn man angesichts der schlechten Wirtschaftslage die Praxisarbeit der Parteien und deren Programme genau in Augenschein nimmt, sieht man fast keinen politischen Wettbewerb mehr, obwohl die Menschen unzufrieden sind und die Politikverdrossenheit schon den Gipfel erreicht hat.

Wenn es um Widerstand des Volkes geht, versuchen Politik und Verwaltung ganz schnell, die Menschen mit Paragraphen zu ersticken, die sie selbst noch nicht beherrscht haben. Solche Politiker müssen wir in die Schranken weisen!

Sobald man aber den Finger in die Wunde legt, sieht plötzlich die Sache ganz anders aus, der Spieß wird schnell umgedreht und es wird so getan, als ob nichts gewesen wäre.

Die Politik und die Politiker profitieren davon, dass das Volk in Deutschland historisch vieles hinnimmt und schweigt, anstatt selbstbewusst und kraftvoll die Stimme zu erheben. Das ist

leider die Realität. Das wissen die Parteien und das kommt ihnen sehr gelegen, und das nutzen sie auch richtig aus. Das müssen wir gemeinsam ändern. Das können wir auch, wenn ein starker Wille da ist.

Wir müssen die Menschen aufklären, dass sie den Parteien keinen unangefochtenen Rückhalt mehr bieten. Das können wir, weil unser Fundament auf Wahrheit und Ehrlichkeit gründet. Eine transparente Politik ist unsere Pflicht. Wir müssen durch unsere Arbeit die Menschen wachhalten und die Politik wachrütteln.

Wir werden als **Bürgerbewegung für Zivilcourage (BBZ)** dieses Vakuum füllen und die Arbeit der Parteien im Rat genau beobachten und Lösungen und Perspektiven bieten.

Wir werden die jetzige unehrliche und unhaltbare Politik der Parteien in vielerlei Hinsicht, insbesondere in den Bereichen Sparmaßnahmen bei den Schulen und bei der Bildung sowie Ernährung und Gesundheit, in Bielefeld offenlegen und die Bielefelder bitten, uns zu unterstützen. Denn die sogenannten etablierten Parteien kennen ihre wahren Grenzen nicht und haben die Menschen schon immer mit falschen Versprechungen in die Irre geführt. Die Politik der vorhandenen Parteien ist schon längst unkenntlich. Unsere Aufgabe ist, deren absichtlich widersprüchliche Klientelpolitik aufzuzeigen.

Kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für Bielefelder

Um den Autoverkehr zu entlasten, fordert die Bürgerbewegung für Zivilcourage kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für die Öffentlichkeit. Die Stadt Bielefeld wird nicht die erste Stadt sein, die diese Möglichkeit anbietet. Mittlerweile gibt es sowohl in Deutschland als auch weltweit viele Städte-Beispiele für kostenlosen ÖPNV. In Frankreich lassen mehrere Kommunen ihre Bürger umsonst fahren. Das größte Gratisnahverkehrsnetz des Landes ist der Gemeindeverband von Niort mit 120.000 Einwohnern. Seit September 2017 können dort Busse ohne Fahrschein genutzt werden. Im australischen Perth ist die Kurzstrecke mit der U-Bahn kostenlos. Als erstes Land der Welt bietet Luxemburg für alle öffentlichen Verkehrsmittel kostenlose Nutzung. Ab 29. Februar 2020 braucht man dann im ganzen Land für Bus, Bahn und Tram keine Tickets mehr. Warum soll es für Bielefeld schwer sein?

Kinder - unsere Zukunft

Kinder und Betreuung

Alle Kinder brauchen gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten in der Gesellschaft. Kein Kind soll benachteiligt werden, Herkunft, Armut oder Behinderung dürfen kein Hindernis für eine qualitative Betreuung in Kindertagesstätten und Grundschulen sein. Dazu gehören ausreichende Plätze für U 3 und in Ganztagsgrundschulen mit qualifizierter personeller Betreuung.

Kinderarmut und Hunger

Auch in Bielefeld dürfen Kinder nicht hungern. Kinderarmut und soziale Benachteiligung muss für alle Bielefelder Bürger ein Anliegen sein, hier entgegenzuwirken. Es müssen ausreichend Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, damit für alle Kinder die Möglichkeit zur Teilhabe besteht. Nur so kann eine soziale Gerechtigkeit ermöglicht werden. Dazu gehören die Übernahme der Kosten für Mittagessen in karitativen und anderen Einrichtungen, Schulbedarf, Kinderbetreuung, Spielstuben, Veranstaltungen, Sporteinrichtungen. Damit können einkommensschwache Familien entlastet werden.

Kinder und Gewalt

Kinder müssen vor der Gewalt in der Familie, der Gesellschaft oder in Einrichtungen geschützt werden, nicht nur vor körperlicher Gewalt sondern auch vor verbaler Diskriminierung. Betroffen

sind überwiegend Kinder mit Behinderung, Lernschwäche oder ausländischer Herkunft. Hier müssen Kontaktstellen für betroffene Kinder eingerichtet werden.

Kinder und Sprache

Für eine gute sprachliche Entwicklung ist frühkindliche Förderung unbedingt erforderlich, und zwar ab dem dritten Lebensjahr.

Darum fordern wir, dass in vorhandenen Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Familienbegegnungsstätten hierfür ausreichend Raum und qualifiziertes Personal zur Verfügung gestellt wird. Dies gilt besonders für Stadtteile mit sozialen Brennpunkten.

Jugend braucht Zukunft

Um überhaupt eine Zukunft zu haben, brauchen Jugendliche Freiräume nach Schule und Arbeit, in denen sie ausprobieren können, wie sie ihr Leben planen und gestalten. Dazu müssen die Jugendzentren dem Bedarf der Jugendlichen angepasst werden und das Personal entsprechend ausgebildet werden. Dies gilt besonders für die Stadtteile Brackwede, Baumheide und Stieghorst. Es ist bekannt, dass dort besonders viele Jugendliche mit Migrationshintergrund leben. Begrüßenswert wären deshalb Mitarbeiter mit eigenem Migrationshintergrund und qualifizierter Kompetenz, was z. B. Qualifikationsmaßnahmen wie Bewerbungstraining für arbeitslose Jugendliche betrifft.

Erziehung zur Gewaltlosigkeit

Dass Benachteiligungen und Diskriminierungen bei Jugendlichen zu sozialen Problemen führen, ist mittlerweile bekannt. Aber es fehlt fachlich kompetentes Personal, das z. B. in Gesprächen mit den Jugendlichen versucht, Ursachen von Gewalt und Ungleichbehandlungen herauszufinden. Auch gibt es kaum gemeinsame Projekte der Bielefelder Polizei mit Lehrern und Drogenberatern, in denen über die Ursachen von Gewalt aufgeklärt wird. Häusliche Gewalt muss z. B. unbedingt thematisiert werden. Und wenn Jugendliche niemand haben, an den sie sich mit ihren Problemen wenden können, ist Isolation und Kriminalität vorprogrammiert.

Jugendliche brauchen Herausforderungen und Verantwortung

Dazu braucht es die Zusammenarbeit der Schulen mit der Agentur der Arbeit, der Wirtschaft und der Bielefelder Bildungsträger. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss brauchen Institutionen, die ihnen Hilfe und Berufsperspektiven anbieten.

Jugendliche blühen auf, wenn man ihnen Verantwortung überträgt. Dies können auch ehrenamtliche Tätigkeiten sein, die von der öffentlichen Hand gefördert werden. Beispielsweise können Jugendliche in der Umweltpflege, bei der Seniorenbetreuung und bei der Bielefelder Tafel helfen, um nur einige Tätigkeiten zu nennen.

Bildung für alle

Wir sind für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, das, wie ein UNO-Bericht verdeutlicht, Arme, Migrantenkinder und Behinderte benachteiligt. Stattdessen sollten Gemeinschaftsschulen eingeführt werden, da dort alle von allen lernen können. Außerdem sind wir der Meinung, dass in dieser Schulform Individualität und Kompetenz der Schüler verbessert wird.

Ganztags schulbetreuung

Ganztags schulbetreuung wird in Bielefeld stiefmütterlich behandelt, obwohl gerade so die Schüler nachhaltig gefördert werden können. Dazu gehören Freizeit, Sport und Kultur. Das muss natürlich von der Stadt finanziell unterstützt werden, genauso wie ausgewogene und

gesunde Mahlzeiten für Kinder, die aus einkommensschwachen Familien kommen. Selbstverständlich gehören auch Nachhilfeunterricht und die Einbeziehung der Eltern zu einer ganzheitlichen Erziehung.

Familienförderung

Dass durch die Auflösung traditioneller Familienstrukturen der Staat immer mehr gefordert ist, liegt auf der Hand. Zumal von den Eltern durch ihre Arbeitgeber mehr und mehr Zeitmanagement verlangt wird. Deswegen muss den Familien zunehmend durch öffentliche Einrichtungen unter die Arme gegriffen werden.

Trotzdem soll niemand den Eindruck haben, dass eine Familie zu gründen sich nicht mehr lohnt. Daher legen wir Wert auf die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen am Arbeitsplatz sowie auf flexible Arbeitszeiten. Und niemand darf durch die Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten benachteiligt werden.

Finanzielle Entlastung

Die Beiträge der Eltern für Einrichtungen wie Kindertagesstätten etc. dürfen ihre finanziellen Möglichkeiten nicht übersteigen. Daher halten wir es für selbstverständlich, dass Familien mit schwachem Einkommen von den Gebühren befreit werden. Außerdem muss es für sie eine steuerliche Entlastung geben sowie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Es steht außer Frage, dass durch diese Maßnahmen die Familien stärker am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können.

In einer Informationsgesellschaft dürfen finanziell benachteiligte Familien mit Kindern nicht von wichtigen Informationen abgehängt werden. Daher plädieren wir für eine Erhöhung der Beratungsangebote im Bereich des Familienmanagements, der Kindererziehung und der gesunden Ernährung.

Frauen

Chancengleichheit

Der Arbeitsmarkt ist ohne Frauen nicht mehr vorstellbar, er ist geradezu auf sie angewiesen. Daher muss es für Frauen volle Chancengleichheit geben. Auch im Ausbildungssektor, denn der Arbeitsmarkt verlangt qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Wobei die Förderung und Qualifikation von Berufsrückkehrerinnen nicht vergessen werden darf, und zwar unabhängig vom Familienstand. Dass dies auch für Führungspositionen gilt, halten wir für selbstverständlich.

Keine Diskriminierung

Die Diskriminierung von Frauen hat eine lange Geschichte. Wir möchten, dass keine Frau wegen ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft oder ihrer Religion benachteiligt werden darf. Sowohl Männer als auch Frauen müssen in den Bereichen Bildung und Beruf sowie auf allen Ebenen der Gesellschaft gleich behandelt werden. Es gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Auch das Phänomen der alleinerziehenden Frauen darf niemanden unberührt lassen. Daher setzen wir uns für Teilzeitbeschäftigung und flexible Arbeitszeiten ein und für kostengünstigen Wohnraum.

Die Gewalt gegen Frauen muss ein Ende haben! Daher muss die Öffentlichkeit stärker für dieses Problem sensibilisiert werden und vorhandene Frauenhäuser von der Kommune stärkere finanzielle Unterstützung erfahren. Es fehlt an qualifiziertem Personal zur Behandlung von traumatisierten Mädchen und Frauen. Vor allem junge Frauen mit Migrationshintergrund brauchen bessere Bildungs- und Berufschancen.

Senioren

Durch den demographischen Wandel wächst der Anteil der Senioren in unserer Gesellschaft enorm. Ihre Berufs- und Lebenserfahrung ist von großem Wert. Diese nicht zu nutzen ist reine Verschwendung. Auch im Interesse der Senioren darf die Bielefelder Politik dieses Potential nicht brach liegen lassen.

Viele Senioren sind bis ins hohe Alter leistungsfähig. Sie sind bereit und in der Lage, ihre Erfahrungen weiterzugeben und sich für andere einzusetzen. Daher sollten Projekte in Bielefeld entwickelt werden, in denen die Erfahrungen der Senioren genutzt werden können. Zu nennen wären handwerkliche Hilfe bei hilfsbedürftigen und behinderten Menschen und Betreuung von Hausaufgaben sowie Nachhilfe in Ganztagschulen.

Wohnformen und Pflege

Ein Umdenken muss auch im Bereich der wohnpolitischen Maßnahmen stattfinden, insofern, als Senioren in familienpolitische Konzepte eingebunden werden sollten. Als Beispiele können hier die Förderung und der Ausbau von integrativen Mehrgenerationenhäusern und betreute Wohnprojekte genannt werden. Dass auch in diesem Bereich an den Bedarf älterer Migranten gedacht werden muss, kann als selbstverständlich angesehen werden. Hier ist die Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens für ältere Migranten zu nennen. Natürlich muss dabei auf kulturelle und religiöse Unterschiede geachtet werden. Auch ist auf einen erhöhten Anteil von Pflegekräften mit Migrationshintergrund zu achten.

Keine Nachteile und Barrieren für pflegebedürftige Senioren

Es muss dafür gesorgt werden, dass pflegebedürftige Senioren möglichst lange in ihren eigenen Wohnungen leben können. Daher sollte die Pflege von Familienmitgliedern mehr gefördert werden. Geringe Renten führen zu Altersarmut. Dies darf aber kein Hindernis für eine bedarfsgerechte Pflege sein.

Bestehende Hindernisse und Zugangsbarrieren für Senioren- und behindertengerechte Einrichtungen müssen beseitigt werden. In diesem Zusammenhang ist auch an sichere Verkehrswege für Fußgänger und Rollstuhlfahrer zu denken.

Kultur/Kunst

Wer sich für Kunst/Kultur interessiert, sollte jenseits aller gesellschaftlichen Abgrenzungen Zugang haben. Denn letztlich verbindet und integriert Kultur uns alle. Die Kommunalpolitik hat daher die Aufgabe, die Kultur in ihrer gesamten Ausprägung zu schützen, zu fördern und zu pflegen, auch wenn es ihr bei der jetzigen Haushaltslage schwer fällt. Das Kulturamt der Stadt Bielefeld muss bestehende Kulturangebote unterstützen und auch mit Hilfe privater Spenden neue Projekte hinzufügen, wie dies im angelsächsischen Kulturbetrieb (Public Private Partnerships) schon lange üblich ist.

Aus dem oben genannten geht hervor, dass sowohl die Museumslandschaft als auch die freien Träger der bildenden Kunst gefördert werden müssen. Hinzu kommen die freien Künstler sowie Nachwuchskünstler, die oft nicht einmal die Mittel besitzen, um ihre Projekte in die Wege zu leiten. Was bisher ebenfalls zu kurz kam, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Kulturanbietern und Schulen. In diesem Zusammenhang geht es um pädagogische Konzepte für Kinder und Jugendliche.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bilden ein interkulturelles Potential, das nachhaltig gefördert werden muss. Auf diese Weise werden ihre Begabungen deutlich und sie werden in die Gesellschaft integriert. Den Kulturträgern der Stadt sollte klar sein, dass diese Zielgruppe eine Bereicherung in jeder Hinsicht darstellt.

Weltoffenheit, Freundlichkeit und Fairness

Im Großen und Ganzen treffen diese Begriffe auf die Bielefelder zu. Damit dies so bleibt, müssen wir verstärkt den Dialog zwischen den Völkern fördern. Denn ohne einen aufrichtigen Dialog wird der soziale Frieden gefährdet. Der Staat muss auf allen Ebenen gerecht handeln und sicherstellen, dass das Motto "Dialog auf gleicher Augenhöhe" von einer friedens- und gerechtigkeitsorientierten Verwaltung umgesetzt wird. Hier sollte nicht vor Investitionen in entsprechende Schulungen und Projekte zurückgeschreckt werden.

Anstatt Toleranz, Respekt:

Nur geduldet zu werden ist demütigend. In unserer Stadt sollten sich alle zuhause fühlen. Grundsätzlich darf niemand wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Muttersprache und seiner politischen oder religiösen Meinung diskriminiert bzw. bevorzugt werden. Denn gerade das Anderssein und die Vielfalt der Menschen in Bielefeld sind eine kulturelle und menschliche Bereicherung.

Umwelt

Zu einem Gesamtkonzept, in dem Ökologie und Ökonomie gleichermaßen vertreten sind, gehören die Förderung von Energieeinsparungen sowie die Anwendung von Photovoltaik, Solarthermie und Biogas. Hinsichtlich energetischer Sanierungen sollte die Erforschung und Verarbeitung der verwendeten Materialien unterstützt werden, damit diese nicht in 30 Jahren auf dem Sondermüll entsorgt werden müssen.

Luftverschmutzung senken

Dass das Fahrrad das umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel ist, steht mittlerweile außer Frage. Wir begrüßen daher in Bielefeld alle Bemühungen, die das Bewusstsein der Autofahrer dahingehend anregen, ihr Auto für Kurzstrecken stehen zu lassen, da ein Fahrrad pro 20 Kilometer ca. 800 Kilogramm CO₂ einspart. Außerdem ist Fahrradfahren gesund. Zudem sollte man öfter die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, da auch diese CO₂ einsparen.

Die Stadt sollte hinsichtlich der Nutzung erneuerbarer Energien ein Vorbild sein, indem sie die öffentlichen Gebäude damit versorgt.

Die Verbraucher sollten über alternative Möglichkeiten des Kaufverhaltens aufgeklärt werden, z. B. darüber, das biologisch erzeugte Lebensmittel aus der Region gekauft werden können, weil durch kürzere Transportwege überflüssige Emissionen vermieden werden.

Verkehrsproblematik in Bielefeld

Für die Verwaltung ist es oft sehr mühsam, die Entscheidungen der Bezirksvertretungen aus dem Bereich Verkehrsprobleme zu realisieren. Wir fordern diese daher auf, die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und flexibel zu handeln, anstatt bürokratische Barrieren aufzubauen und die Probleme jahrelang hinauszuzögern. Außerdem sollten sie nicht nach dem Gießkannenprinzip handeln.

Frieden und Gerechtigkeit

Auf Frieden und Gerechtigkeit haben alle einen Anspruch, aber ohne Frieden gibt es keine Gerechtigkeit.

Vorausgesetzt, dass eine Weiterentwicklung in der sozialen Marktwirtschaft stattfindet, kann präventiv gegen Armut, Hunger und Krankheiten sowie schlechte Bildungschancen und soziale Ungerechtigkeiten vorgegangen werden. Denn nachdem sozusagen das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es viel schwieriger, die genannten Phänomene zu bekämpfen. Außerdem stehen die Wirtschaftsinteressen multinationaler Konzerne dem im Wege und

lassen kaum ein würdiges Leben in Gesundheit und Frieden zu. Die Unterwerfung von Mensch und Natur unter wirtschaftlichen Interessen ergibt eine immer größere Schere zwischen Arm und Reich. Das ist verantwortungslos. Daher möchten wir, dass ein größerer Focus auf öffentlich finanzierte Konjunkturprogramme gelegt wird. Daraus folgt unter anderem, dass soziale Schwerpunkte anders gesetzt werden, z. B. in der Bildung.

Über Frieden sollte nicht nur geredet werden. Damit er umgesetzt werden kann, müssen wir lernen, fair und verantwortungsvoll miteinander umzugehen. Und damit der Begriff Würde kein leeres Wort bleibt, dürfen wir die Wertschätzung des Anderen nicht verlieren und differenziert und nicht von oben herab mit ihm umgehen. Wir dürfen nicht vorschnell verurteilen, sondern verstehen lernen.

Für ein starkes Bielefeld

Wirtschaft

Unsere Stadt besitzt starke Unternehmen, z. B. aus den Bereichen Maschinenbau, Stahlbau, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Textilindustrie, Telekommunikation, IT, Logistik und Solartechnik. Nicht zu vergessen die Gesundheits- und Immobilienwirtschaft. Stillstand in diesen Bereichen wollen wir vorbeugen, indem wir dafür werben, neue Betriebe in Bielefeld anzusiedeln. Natürlich muss dann auch mehr investiert werden, was vor allem kleinen und mittelständischen Betrieben zugutekommen soll, denn ihnen haben wir die meisten Arbeitsplätze zu verdanken. Existenzgründungen werden in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Um diese zu fördern und Unternehmensgründer bei Problemen zu beraten, sollte das Amt für Wirtschaftsförderung bestehende oder noch zu schaffende Gründungszentren verstärkt begleiten. Auch das Tourismus- und Kongresswesen ist ausbaufähig.

Zwar ist Bielefeld auf wirtschaftlicher Ebene international schon gut vernetzt, aber um dies noch weiter auszubauen, muss das Standortmarketing verstärkt werden. Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen Wirtschaftseinrichtungen und Wirtschaftsförderung Hand in Hand arbeiten. Dafür müssen auch EU- Fördermittel eingesetzt werden.

Arbeitslosigkeit ist nach wie vor ein großes Problem in Bielefeld. Dieser Punkt verlangt nachhaltige Lösungen, denn vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss und Arbeitslose mit Migrationshintergrund sind betroffen, ebenso Langzeitarbeitslose. Bielefelds Behörden, wie die Agentur für Arbeit und das Jobcenter, müssen hier mit Unternehmen und der IHK Programme ausarbeiten, um dem adäquat zu begegnen. Selbstverständlich muss darauf geachtet werden, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten.

Forschung und Lehre

Die Universität ist eine moderne Hochschule mit Tradition. Zurzeit gibt es ca. 21.000 Studierende (2.000 aus dem Ausland aus über 100 Staaten), 300 Professoren und 400 wissenschaftliche Mitarbeiter. Eine stärkere Mitarbeit der Stadt in kommunalen Angelegenheiten mit der Universität käme ihr insofern zugute, als sie an der wissenschaftlichen Kompetenz partizipieren könnte. Die Forschungseinrichtungen sollten unterstützt werden, damit noch mehr nationale und internationale Forscher an die Uni geholt werden können. Damit die Studierenden nicht für den Elfenbeinturm lernen, muss auch die Zusammenarbeit zwischen der Bielefelder Wirtschaftsförderung mit den einzelnen Fakultäten der Universität, der IHK und Bielefelder Unternehmen gefördert werden, denn so bleiben Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich keine Seltenheit. Die Einrichtung eines Startcenters für Existenzgründer ist in diesem Zusammenhang sehr zu empfehlen.

Für ein attraktives Umfeld

Schon immer war günstiges und an die Bedürfnisse der Studierenden angepasstes Wohnen in Uninähe eine Seltenheit. Damit aber die Universität Bielefeld für die Studierenden attraktiv bleiben soll, muss dies langfristig gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang sollte es auch selbstverständlich sein, dass an sichere Fahrradabstellplätze sowie Parkplätze im Umkreis der akademischen Ausbildungsstätten und der Bus- und Bahnhaltestellen gedacht wird.

Migration

Bielefeld hat ca. 340 000 Einwohner, davon ca. 121 000 mit Migrationshintergrund. Aber im Rat der Stadt Bielefeld sind von 66 Ratsmitgliedern nur 2 Leute mit Migrationshintergrund vertreten. Mit so einem Ungleichgewicht kann man keine Integration verwirklichen.

Ohne langfristige Mitwirkung der Einwohner in der Gesellschaft, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, sind Begriffe wie Gleichberechtigung und Chancengleichheit nur hohle Worte. Alle müssen beteiligt werden. Sowohl der/die einzelne Bürger/Bürgerinnen als auch die Verwaltung und andere Behörden. Denn Ausgrenzungen kann sich eine moderne Gesellschaft nicht leisten.

Für diese Mitwirkung und Beteiligung wollen wir uns einsetzen. Ebenso für den sozialen Frieden und für die Beseitigung von Vorurteilen. Dabei soll der Dialog im Mittelpunkt stehen.

Rassismus und Antisemitismus werden von uns nicht geduldet. Ebenso wie Ungerechtigkeit, Fanatismus und Extremismus. Daher möchten wir, dass das Integrationsgesetz der Stadt endlich durchgeführt wird, denn Integrationsprozesse können ohne finanzielle Förderung nicht verwirklicht werden.

In Bielefeld leben über 150 Nationen. Dies bedeutet eine bunte Palette aus Kulturen und Sprachen und ist eine Bereicherung für die Stadt. Es ist also angebracht, z. B. in der Stadtverwaltung die Multilingualität zu fördern, damit die Menschen dort qualifizierte Ansprechpartner vorfinden.

Damit die Integration in der Gesellschaft ankommt, fordern wir anstatt des Integrationsbeirats einen Integrationsausschuss.

Darüber hinaus fordern wir eine Dezernentenstelle für Migration und Integration, die von einer Migrantin oder einem Migranten besetzt ist.

Wir setzen uns für einen unabhängigen Rat der Migranten ein, der nicht von Parteien und Politik kontrolliert wird. Alle Vereine und Verbände der Migranten in Bielefeld sollen unter sich einen Ratspräsidenten oder ein Repräsentanten wählen, der mit der Politik in Kontakt bleibt, um vorhandene Problemen zu lösen.

Integration bedeutet weder Anpassung noch Ausgrenzung, sondern Teil der Gesellschaft zu sein.

Ohne ausreichende Sprachkenntnisse ist eine Karriere in Schule und Beruf quasi unmöglich. Kinder und Jugendliche mit Einwanderungshintergrund müssen deshalb schon früh (möglichst im Kindergarten) sprachlich gefördert werden, ohne dass Sprache und Kultur des Elternhauses in den Hintergrund treten müssen, weil der tägliche Gebrauch der Herkunftssprache das Lernen der deutschen Sprache als auch weiterer Fremdsprachen erleichtert. Das Erlernen mehrerer Sprachen bedeutet, eine größere Chance zu haben und nicht nur in Deutschland weiterzukommen. Die mehrsprachige Förderung beinhaltet auch die Unterstützung der elterlichen Erziehung, indem sie die Eltern nicht außen vor lässt.

Integration

Wir können nicht oft genug wiederholen, dass es vor allem wichtig ist, die Integration in Schulen und Familien beginnen zu lassen, zum Beispiel mit Pflichtunterricht über das Thema Integration durch besonders geschulte Fachkräfte. Darüber gibt es in der Gesellschaft noch ein großes Informationsdefizit. Defizite kann man aber nur abbauen, wenn sachlich diskutiert wird. Wir müssen uns daher alle anstrengen, aber nicht mit Parolen und Sanktionen. Vor allem die Politik muss Möglichkeiten schaffen, damit sich die Zuwanderer mit Deutschland identifizieren können. Deshalb fordern wir alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen auf, Verantwortung zu übernehmen und den gleichen Maßstab anzulegen.

Geistige Beteiligung

Die Vorstellung und Hervorhebung des „*Andersseins*“ des Gegenübers trennt. Kulturelle Unterschiede trennen aber nicht, sondern machen eine Gesellschaft reicher. Um sich anzunähern, bedarf es eines gleichberechtigten Dialogs auf der Ebene der Kommunalpolitik, aber vor allem zwischen den Leuten aus der Nachbarschaft. Dies hilft auch, den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten. Ebenfalls wichtig ist, auf der Ebene der Politik als auch im normalen Leben die Gesetze einzuhalten.

Das Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung und das Verlangen nach Frieden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, da sonst ein ausgeglichenes Miteinander nicht zu gewährleisten ist.

Dialog statt Konfrontation

Um ein tragfähiges Integrationskonzept zu erhalten, sollte die Stadt Arbeitsgruppen mit den Vertretern der Einwanderungsorganisationen gründen.

Bildungsschwerpunkte

In diesem Bildungswerk können dann in Form von Kursen die deutschen Sprachkenntnisse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gefördert werden sowie die eigenen muttersprachlichen Fähigkeiten. Selbstverständlich sollte die Förderung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie Computerkurse nicht fehlen und Frauen mit Migrationshintergrund nicht vergessen werden, für die Deutschkurse mit Kinderbetreuung gestaltet werden müssen.

Qualifizierung

Eines der wichtigsten Vorhaben ist die Einrichtung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze in Zusammenarbeit mit Partnern aus der freien Wirtschaft. Vorbereitet werden könnte dies durch die Schaffung von Workshops und Informationsveranstaltungen für Eltern und Jugendliche. Bewerbungstrainings für Jugendliche und Erfolgs- und Rhetorikseminare würden das Angebot abrunden.

Für die Entwicklung von interkulturellen Kindertagesstätten werden qualifizierte Erzieher und Erzieherinnen gebraucht, für andere Bereiche z. B. entsprechend ausgebildete Familienhelferinnen und Hebammen sowie Gesundheitsberaterinnen. Für die Kommunikation zwischen Jugendlichen, Eltern und Schulen werden Jugendbeauftragte mit Migrationshintergrund gebraucht.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass eine Qualifizierung von Migranten hinsichtlich gesellschaftspolitischer Bildung stattfindet, was z. B. Bildungsveranstaltungen in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Recht sowie politische und gesellschaftliche Bildung beinhaltet. Dazu gehören auch Deutschkurse und Seminare über die deutsche Kultur, die deutsche Geschichte und Politik sowie Weiterbildung von Vereinsfunktionären mit Migrationshintergrund.

Die Kommunikation zwischen Migranten und Lehrern sowie Erziehern als auch dem Pflegepersonal und den niedergelassenen Ärzten bzw. den Ärzten in Krankenhäusern kann nur funktionieren, wenn das Personal der genannten Berufe und Einrichtungen Fortbildungsseminare besucht, in denen der Umgang mit Tradition und Verhaltensweisen von Migranten eingeübt wird.